

Späte Erinnerung an vergessene Nazi-Opfer

SPD und Union wollen nun doch ein Dokumentationszentrum für die Opfer der deutschen Besatzung

Von **Stefan Reinecke**

Der Streit währte lange, doch nun hat sich die Große Koalition geeinigt. In Berlin soll ein Dokumentationszentrum gebaut werden, das an die Opfer der deutschen Besatzungspolitik in Europa von 1939 bis 1945 erinnert. „Die Bundesrepublik braucht einen Ort der Gedenkens, der Erinnerung, Information und des Dialogs über den deutschen Vernichtungskrieg, die deutsche Besatzungsherrschaft und die bisher weniger beachteten Opfergruppen“, heißt es in dem Antrag der Fraktionen von Union und SPD. Der Antrag soll am Freitag früh im Bundestag eingebracht und debattiert werden. Darauf verständigten sich die parlamentarischen Geschäftsführer der Bundestagsfraktionen am Dienstagvormittag.

Das „Dokumentationszentrum dient“, so der Antrag, „als Ort der historischen Aufklärung“. Es geht darum in „vergleichender europäischer Perspektive (...) den Charakter des Vernichtungskrieges im Osten deutlich“ zu machen. Die Bundesregierung soll laut Antrag bis Ende 2020 einen Fahrplan für die Realisierung vorlegen. An der federführenden Arbeitsgruppe ist auch die Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas beteiligt.

Die SPD hatte sich seit längerem für dieses Zentrum eingesetzt, war aber bei der Union auf Widerstand gestoßen. Vor allem Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble, Johann Wadepuhl und CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak bevorzugten ein sogenanntes Polen-Denkmal, das an den deutschen Überfall auf Polen 1939 und die deutsche Besatzung erinnern soll.

Die SPD und die Mehrheit der deutschen NS-Historiker lehnen dieses Denkmal ab, weil es einseitig einen Staat hervorheben und womöglich eine „Opferkonkurrenz“ entfachen würde. Die Ukraine hat bereits angekündigt, auch ein entsprechendes Mahnmal zu fordern, falls ein gesondertes Polen-Denkmal gebaut würde.

Die Idee: „den Charakter des Vernichtungskrieges im Osten deutlich“ machen

Union und SPD haben sich lange gegenseitig blockiert. Einen entscheidenden Schritt nach vorne markierte ein Vorschlag, den Peter Oliver Loew vom Deutschen Polen-Institut und Uwe Neumärker, Chef der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas, im Juni vorlegten. Demnach sollte der Streit beigelegt werden, indem sowohl das Denkmal wie auch das Zentrum gebaut werden. Ob das nun tatsächlich so umgesetzt wird, ist noch offen. Der Antrag für Freitag betrifft nur Pläne für das Dokumentationszentrum.

Marianne Schieder, die für die SPD im Kulturausschuss mit dem Thema befasst ist, zeigt sich zufrieden. „Es gibt keinen Zweifel, dass insbesondere die Ausmaße der Verbrechen der Nationalsozialisten im Osten und Südosten Europas leider viel zu wenig im kollektiven Bewusstsein der Deutschen verankert sind. Ein geplantes Dokumentationszentrum bietet die Möglichkeit, diese Lücke in unserer Erinnerungskultur zu schließen“, so Schieder zur taz.

Das Dokumentationszentrum wird ein großflächiges, auch finanziell aufwendiges Projekt, mit Wechselausstellungen, Bildungs- und Erinnerungsstätte. Offen ist noch, ob Union und SPD sich auf einen zweiten Antrag für ein gesondertes Polen-Denkmal einigen. Laut taz-Information gibt es keine Absprache zwischen SPD und Union, die beide Projekte miteinander verknüpfen. Die Union hofft das Polen-Denkmal mit einem kleinen Umweg doch noch umzusetzen. Laut Antrag für das Polen-Denkmal soll „die Realisierung des Erinnerungsortes außerhalb des Gedenkstättenkonzeptes des Bundes“ stattfinden.

Horst und seine Einzelfälle

380 rechtsextreme Vorfälle in den Sicherheitsbehörden zählt ein erstmals vorgelegtes Lagebild, dazu 1.064 bei der Bundeswehr. Ein strukturelles Problem? Nein, findet Seehofer

Von **Konrad Litschko**

Horst Seehofer klingt fast erleichtert. „Wir haben kein strukturelles Problem mit Rechtsextremismus in den Sicherheitsbehörden“, sagt der Bundesinnenminister am Dienstag in Berlin. 99 Prozent der BeamtInnen stünden „fest auf dem Boden des Grundgesetzes“. Diese hätten sein, „uneingeschränktes Vertrauen“, sie leisteten „eine hervorragende Arbeit“.

Dabei ist das, was Seehofer präsentiert, kein Aushängeschild für die BeamtInnen. Der Minister präsentiert den vom Bundesamt für Verfassungsschutz erstmals verfassten Lagebericht „Rechtsextremisten in den Sicherheitsbehörden“, knapp 100 Seiten dick. Die Bilanz: 319 Verdachtsfälle bei den Polizeien und Verfassungsschutzämtern der Länder, dazu 58 Fälle in den Bundesbehörden. Und 1.064 Verdachtsfälle bei der Bundeswehr.

Tatsächlich rissen dort zuletzt Negativmeldungen nicht ab. Rechtsextreme Chatgruppen bei der Polizei in Hessen, NRW und Berlin, KSK-Soldaten mit Hitlergrüßen, rechte Verfassungsschützer, die Neonazis beobachten sollten. Seehofer kriti-

siert diese Fälle deutlich: „Jeder erwiesene Fall ist eine Schande.“ Man kläre diese „ohne Wenn und Aber“ auf, verfolge sie „rigoros“. Insgesamt aber seien die Fallzahlen „gering“, gemessen an den rund 300.000 Sicherheitsbediensteten. Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang formuliert vorsichtiger, spricht von „Vorfällen, die über Einzelfälle hinausgehen“. Jeder Fall sei einer zu viel. Denn sie erschütterten das Vertrauen in den Staat.

Die meisten Fälle meldeten Hessen und Berlin, das Saarland dagegen gar keinen

Das Erstellen von Haldenwangs Lagebild aber war zäh. Bereits vor einem Jahr, nach Terrorvorwürfen gegen eine Prepperguppe, an der sich auch Soldaten und Polizisten beteiligten, und dem Attentat auf Walter Lübcke richtete sein Amt eine Zentralstelle zu Extremisten in den Sicherheitsbehörden ein, die auch den Bericht erstellen sollte. Die Länder aber stritten:

Sollten nur abgeschlossene Disziplinarverfahren zählen – oder bereits Verdachtsfälle?

Nun wurden alle Fälle gezählt, die Maßnahmen nach sich zogen, erfasst von Januar 2017 bis Ende März 2020. Bei der Bundespolizei betrifft dies 44 Fälle, beim BKA 6, beim Zoll 4, beim BND 2, in Haldenwangs eigener Behörde 1 Fall. Bei der Bundeswehr kamen von den 1.064 Verdachtsfällen allein im vergangenen Jahr 363 neue Fälle dazu. Gerade die dortigen Vorfälle sind beunruhigend, weil hier Menschen mit Waffen hantieren.

In den Ländern meldete Hessen die meisten Fälle mit 59, es folgen Berlin mit 53, NRW mit 45, Bayern mit 31, Sachsen 28. Auf der anderen Seite gab Bremen nur 1 Fall an und das Saarland gar keinen. Die Zahlen sind also mit Vorsicht zu genießen – weil hinter ihnen ein größeres Dunkelfeld schlummert. Und sie sind teils auch überholt: Die 31 jüngst in NRW suspendierten PolizistInnen, die in rechtsextremen Chatgruppen aktiv waren, sind gar nicht mehr berücksichtigt.

Auch in dem Lagebericht wird ein Dunkelfeld eingeräumt. „Dessen fortlaufende und kon-

sequente Aufhellung ist eine herausgehobene Aufgabe für die Sicherheitsbehörden“, heißt es dort. Seehofer und Haldenwang betonen, dass die Statistik fortgeschrieben und auf den öffentlichen Dienst ausgeweitet werden soll. Und sie verweisen auf bereits erfolgte Konsequenzen. So sei es bei den Bundesbehörden zu 23 Entlassungen gekommen, in den Ländern zu 48, bei der Bundeswehr zu 70.

Insgesamt ging es bei Vorgängen in den allermeisten Fällen um rechtsextreme Äußerungen oder Chatnachrichten. So wurde in den Ländern nur ein Fall aufgedeckt, bei dem eine Person auch an rechtsextremen Veranstaltungen teilnahm. Immerhin 10 Personen hatten hier auch Kontakt zu bekannten Rechtsextremen oder Initiativen, 2 waren gar Mitglieder.

Offen bleibt die Frage, wie groß nun das Dunkelfeld ist. Denn viele Fälle flogen nur durch Zufall auf, so wie zuletzt die NRW-Chatgruppen. Jahrelang hatte dort niemand die Hitlerbilder und Hakenkreuze gemeldet. Seehofer appelliert an die BeamtInnen: „Schauen Sie hin, verteidigen Sie unsere Verfassung, werden Sie aktiv. Auch passives Mitläufertum ist nicht erlaubt.“

ExpertInnen wie die Grünen-Innenpolitikerin und Polizistin Irene Mihalic halten den Bericht erst für einen Anfang. Dieser dokumentiere nur die Oberfläche, so Mihalic. Sie und andere wiederholen die Forderung nach unabhängigen Polizeibeauftragten und einer wissenschaftlichen Untersuchung zu rechtsextremen Einstellungen bei der Polizei – was Seehofer am Dienstag erneut ablehnt. Das Thema sei universeller, so der Minister. Deshalb trete er für „eine fundierte Untersuchung für die gesamte Gesellschaft“ ein. Dazu fordert Seehofer noch einen ganzen Strauß weiterer Studien, die mit dem Lagebericht ebenfalls nur noch am Rande zu tun haben: zu Gewalt gegen PolizistInnen, zu deren Arbeitsalltag oder zu deren Motiven für den Berufseinstieg.

Sieht weitgehend kein Problem: Innenminister Seehofer bei der Vorstellung des Berichts in Berlin
Foto: Wolfgang Kumm/dpa



Objektiv getäuscht

Die Studierendenvertretung der Freien Universität in Berlin hat das geheime Gutachten zur Doktorarbeit von Franziska Giffey (SPD) veröffentlicht. Drin steht: Die Familienministerin plagierte an 27 Stellen

Von **Anima Müller**

Mindestens 27 Textstellen in der Doktorarbeit der Franziska Giffey (SPD) sind plagierte. Zu dem Schluss kam ein Gremium der Freien Universität (FU) Berlin, das die Promotion der Bundesfamilienministerin 2019 geprüft hatte. Die Studierendenvertretung der FU machte die Ergebnisse des bisher geheimen Berichts am Montag öffentlich. Zuvor hatte sie in einem langen Prozess mehrfach die Herausgabe des Berichts gefordert.

Trotz der gefundenen Plagiatsfälle empfahl das Gremium nur eine Rüge für das Fehlverhalten, den Doktorgrad aber nicht zu entziehen. Die Stellen befanden sich hauptsächlich in einem Kapitel zur Begriffsklärung – Giffey arbeitete vor allem mit Forschungsinterviews, eine

eigene wissenschaftliche Leistung sei durchaus erkennbar. Experten kritisierten das Vorgehen schon früh, für eine Aberkennung würden wenige plagierte Textstellen ausreichen.

Die FU folgte allerdings der Empfehlung – und handelte sich damit deutliche Kritik ein. Im Hochschulrecht ist eine Rüge nicht vorgesehen, Dokortitel können nur zugestanden oder aberkannt werden. Vor einigen Tagen gab die FU nun bekannt, den Fall erneut zu prüfen. Dieses Mal geht es darum, ob eine Rüge rechtskonform ist. Damit wird der Jurist Ulrich Battis beauftragt, wie zuerst die FAZ berichtete. „Das Präsidium muss jetzt erneut entscheiden und Giffey's Dokortitel entziehen, da die Rüge rechtswidrig war“, sagt Janik Besendorf, Asta-Referent an der FU. Sollte Giffey nicht nur

das Amt der Bürgermeisterin“ von Michael Müller übernehmen, sondern auch das der Wissenschaftssenatorin, „wäre das eine Bankrotterklärung für den Wissenschaftsstandort Berlin“.

Grundlage für die Prüfung waren 119 Textstellen, die auf der Plattform Vroniplag entdeckt wurden. Das Gremium prüfte aber nur 80, da es sich zum Teil um Mehrfachnennungen gehandelt habe. Das Ergebnis ist trotzdem beachtlich: Fünf Plagiate „im eigentlichen Sinne“ lägen vor – dort übernahm Giffey ganze Sätze oder Passagen wörtlich, ohne eine Quelle zu nennen. In 22 Fällen paraphrasierte Giffey Textteile ohne Quellenangabe, wodurch diese nicht als Zitat erkennbar waren. Diese 27 Stellen entsprechen laut Gremium einer „objektiven Täuschung“. Außerdem

wiesen die Mängel „systematischen Charakter“ auf – was für ein absichtliches Plagiat sprechen könnte.

Giffey selbst streitet die Vorwürfe ab. Ihre Anwälte legten dem Gremium Dokumente vor, die Giffey's Unschuld bestätigen sollen. Darunter die Ausarbeitung eines Professors zu 11 Fällen, die Vroniplag besonders aufgefallen waren, und ein Gutachten, das ihre Zitierweise rechtfertigen soll. Dieses orientiert sich an einem „problemorientierten, amerikanischen Stil“.

Das Gremium lehnt diese Argumentation ab: Es gebe keine anerkannte wörtliche Zitierweise, die etwas anderes vorsehe „als doppelte Anführungszeichen am Anfang und Ende des Zitats sowie die genaue Quellenangabe mit Seitenzahl(en)“.

Ab sofort mit noch mehr Links. Die neue taz App fürs Telefon. Jetzt laden und 6 Wochen kostenlos testen.

